

Dr. Inge Gräßle MdEP
Europäisches Parlament
Altiero Spinelli 15 E 130
Rue Wiertz B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-2847868
Fax.: 0032-2-2849868

Pressemitteilung 15. November 2005

Ein-Prozent-Festlegung für den EU-Haushalt im Koalitionsvertrag nicht verabsolutieren

"Die im Koalitionsvertrag enthaltene Festlegung, den deutschen Finanzanteil an der EU-Finanzplanung 2007 bis 2013 auf 'nicht mehr als 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens' zu beschränken, darf nicht zementiert werden. Diese Position kann für Deutschland und die EU in die Sackgasse führen". Die stellvertretende EVP-Haushaltskordinatorin Inge Gräßle (CDU) warnte deshalb davor, in dieser Frage eine Auseinandersetzung mit den EU-Institutionen zu suchen und erinnerte daran, dass das Europäische Parlament in dieser Frage mitentscheidet.

Die Kommission habe ihre Vorschläge zur Finanziellen Vorausschau auf 1,24 Prozent bei den Verpflichtungen und 1,14 Prozent des Bruttonationaleinkommens bei den Zahlungen ausgelegt. Das Europäische Parlament habe diesen Vorschlag um 50 Mrd. Euro reduziert und seine Verhandlungsposition mit 1,18 Prozent bei den Verpflichtungsermächtigungen und 1,07 Prozent des Bruttonationaleinkommens bei den Zahlungen bestimmt. Kommt es zu keiner Einigung, so gilt der EU-Vertrag, der für die 25 EU-Mitgliedsstaaten - allerdings ohne Berücksichtigung der Erweiterung um Rumänien und Bulgarien - ein Ausgabenvolumen 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens vorsieht. "Gerade auch aus deutscher Sicht ist es überfällig, über die Inhalte der künftigen EU-Politik zu sprechen, was mit dem Geld finanziert werden soll und welche Rückflüsse zu erwarten sind", sagte Inge Gräßle.

Die CDU-Europaabgeordnete wies darauf hin, dass die Folge eines 1%-Beschlusses sei, dass gerade die Bereiche, die der CDU besonders wichtig sind, nämlich die Forschungs-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie sowie die Außen- und Sicherheitspolitik von dann notwendigen Haushaltskürzungen überproportional betroffen wären. "Der an Großbritannien gescheiterte Kompromissvorschlag Luxemburgs bedeutet, dass 100 Mrd. Euro gegenüber dem Vorschlag des Europäischen Parlaments fehlen würden", so Inge Gräßle weiter. Gehen die Koalitionsvereinbarungen von 1 Prozent für Verpflichtungen aus, seien es sogar 150 Mrd. Euro weniger, was rund 0,9 Prozent vom Bruttonationaleinkommen bei den Zahlungen bedeuten würde:

"Gerade weil Deutschland sparen muss, müssen die möglichen Rückflüsse aus der EU-Kasse viel stärker ins Auge gefasst und besser ins Kalkül gezogen werden". Bei 1 Prozent sei ein erheblicher Rückgang der Rückflüsse zu erwarten mit noch offenen Auswirkungen in der Nettozahlerbilanz. Pro Kopf zahle jeder Bürger in Deutschland pro Jahr netto 87 Euro an die EU. In Schweden und den Niederlanden seien es pro Kopf 113 bzw. 137 Euro. Für eine Einigung erwarte das Europäische Parlament eine Veränderung der Haushaltsstruktur, der Qualität der Haushaltsausführung sowie eine Erleichterung des Zugangs zu den EU-Programmen. Nachhaltig unterstützt Gräßle Überlegungen des Koalitionsvertrags, Korrekturmechanismen zum Ausgleich übermäßiger Belastungen zu erreichen. Hier könne die neue Bundesregierung dauerhafte und gerechte Entlastungen für ihre Zahlungen erreichen.